

2) 11. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission Schweiz-China
(Beijing, 27. - 30. August 1991)
(Informations hebdomadaires normales 36/91 vom 2.9.1991)

Vom 27. bis 30. August 1991 fand in Beijing die 11. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission Schweiz-China statt. Die schweizerische Delegation, der auch Vertreter der Wirtschaft - u.a. Dr. K. Moser, Direktor des Vorortes - angehörten, wurde von Botschafter N. Imboden geleitet. An der Spitze der chinesischen Delegation stand Assistent Minister Yu Xiasong des Ministeriums für Aussenwirtschaft und Handel (MOFERT), ihr Gesprächsleiter war Generaldirektor Zhou Keren, Leiter der Abteilung Europa im MOFERT. In Abwesenheit des Vorstehers des MOFERT, der sich in der Mongolei befand, wurde die Delegation von seiner Stellvertreterin, der 1. Vizeministerin, Frau Wu Yi zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Sie benutzte die Gelegenheit, den Willen der Regierung zu unterstreichen, die Wirtschaftsreform mit dem Ziel, ein GATT-konformes Wirtschaftssystem zu schaffen, mit aller Kraft weiterzuführen. Sie versicherte die Schweizer Industrie, dass auch sie gegen die Einmischung des Staates in die Geschäftstätigkeit des joint-ventures kämpfe und strikte Vorschriften erlassen habe, den joint-ventures die notwendigen unternehmerischen Freiräume zu gewähren. Die Vizeministerin erneuerte gegenüber Botschafter Imboden die offizielle Einladung ihres Ministers an Bundesrat J.P. Delamuraz zu einem offiziellen Besuch Chinas

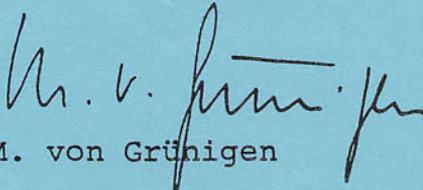
Die Gemischte Kommission erlaubte einen vertieften Gedankenaustausch über die Wirtschaftsentwicklung und -politiken in den beiden Ländern, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie eine Diskussion der verschiedenen spezifischen Probleme, die dem BAWI von der Schweizer Wirtschaft mitgeteilt worden waren. Aus den Gesprächen können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Die Wirtschaftspolitik Chinas ist nach wie vor von Gegensätzen gekennzeichnet. Die auf der Einsicht, dass China auf ausländische Investitionen und Technologien nicht verzichten kann, basierende Absicht, die Reformen weiterzuführen und der Marktwirtschaft breiteren Raum zu gewähren, lässt sich mit der Entschlossenheit am Kommunismus und damit auch an der Planwirtschaft festzuhalten, kaum in eine kohärente Wirtschaftspolitik umsetzen. Zwar scheint es, dass die Behörden sich der Widersprüche der chinesischen Wirtschaftspolitik bewusst sind, es jedoch nicht wagen, die sich aufdrängenden grundsätzlichen Änderungen vorzunehmen, da sie mehr denn je erkennen, dass sie damit das bestehende sozialistische System (und womöglich das Schicksal des chinesischen Einheitsstaates) in Frage stellen würden. Und dies, wie sich aus den mit wenig Ueberzeugungskraft vorgetragenen Aeusserungen der verschiedenen chinesischen Gesprächspartner entnehmen lässt, obwohl sich die Behörden durchaus bewusst sind, dass die gegenwärtige Wirtschaftspolitik trotz der zur Zeit guten makroökonomischen Indikatoren mittelfristig in eine Sackgasse führen könnte.
2. Die schweizerisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wickeln sich ohne grössere Probleme ab. Die Schweizer Wirtschaft hat einen sehr guten Namen in China und die Schweiz geniesst einen beträchtlichen "goodwill". Spezifische Probleme hängen weniger vom schlechten Willen der Wirtschaftsoperateure als vom chinesischen Wirtschaftssystem ab. Die Behörden sind guten Willens, die wenigen Probleme zu lösen, scheinen jedoch in Anbetracht der trotz allem bestehenden Dezentralisierung oft dazu nicht in der Lage zu sein.
3. China will den Technologietransfer auch aus der Schweiz verstärken. Im Hinblick auf eine Verstärkung der Wirtschaftskooperation auch im technologischen Bereich beabsichtigen die zuständigen Behörden, in absehbarer Zeit eine Delegation in die

Schweiz zu entsenden. Ein Mittel dazu sind die joint-ventures. China versucht deshalb, das Investitionsklima zu verbessern und ist sehr darauf bedacht, seine Partner zu überzeugen, dass die Wirtschaftsreformen weiter getrieben werden. Von aussen gesehen ist die internationale Vernetzung der Wirtschaft Chinas wahrscheinlich das beste Mittel, um sowohl wirtschaftliche als letztendlich auch politische Reformen zu erwirken.

4. Der Beitritt zum GATT scheint in China eine aussenwirtschaftliche und politische Priorität zu sein, dies vor allem auch wegen des Beitrittsgesuches Taiwans. China ist überzeugt, dass die Schwierigkeiten der Verhandlungen politischer Natur sind und dass es sein Wirtschaftssystem es erlauben sollte, innert kürzester Frist Mitglied des GATT zu werden. Unsere von den Chinesen sehr geschätzte positive Grundhaltung in dieser Frage, erlaubte es uns, relativ offen auf die Pflichten eines GATT Mitgliedstaates hinzuweisen sowie auf die im neuen 5 Jahresplan stipulierten nicht GATT-konformen Massnahmen hinzuweisen.

Im Rahmen dieser Tagung unterzeichnete Botschafter Imboden und der assistierende Minister Yu Xiasong das Abkommen über die dritte Mischfinanzierung in der Höhe von 110 Millionen Franken (44 Mio Bundestranche in der Form eines Geschenkes, 66 Mio Bankenkredit). Diese Kreditlinie soll zur Finanzierung von prioritären Projekten in den Bereichen Energie, Fernmeldewesen, industrielle Entwicklung und Umweltschutz benutzt werden. In diesem Zusammenhang ist im nächsten Jahr ein Seminar über schweizerische Umwelttechnologie geplant.


M. von Grünigen